

Lokale Agenda 21- Projektgruppe "Bürgerhaushalt"

der Lokale Agenda 21-Gruppe

„Kommunikationszentrum Global-Lokal“ (KGL)



Sachstandsbericht (Stand: August 2013)

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung

- 1.1 Ziele der Projektgruppe „Bürgerhaushalt“ Seite 4
- 1.2 Kurzbeschreibung zur Arbeit der Gruppe Seite 4
- 1.3 Wichtige Etappen auf dem Weg zum „Bürgerhaushalt“ Seite 4
- 1.4 Was ist ein „Bürgerhaushalt“ – Kurz und knapp Seite 4
- 1.5 Die 3 Phasen eines „Bürgerhaushaltes“ Seite 4
- 1.6 Eine Definition von „Bürgerhaushalt“ Seite 4
- 1.7 Die Vorteile eines „Bürgerhaushaltes“ Seite 4

2. Die Arbeit der Projektgruppe

- 2.1 Die Arbeit der Projektgruppe in einer Übersicht Seite 5
- 2.2 Von der Projektgruppe vorgeschlagene Projektphasen bei der Ein-und Durchführung eines „Bürgerhaushaltes“ Seite 6
- 2.3 Von der Projektgruppe vorgeschlagene Meilensteinplanung zur Einführung eines Bürgerhaushaltes in Gießen Seite 7

3. Der Dialog mit der Stadt Gießen

- 3.1 Erste Vorgespräche mit Vertreter/-innen der Stadt Gießen Seite 8
- 3.2 Der Beschluss des Agenda-Rates zum Dialogprozess Seite 8
- 3.3 Weitere Absprachen mit der Stadt Gießen Seite 8
- 3.4 Stellungnahme der Stadt Gießen zur Gesamtsituation der Stadt (Mai 2013): Bürgerbeteiligung Allgemein, Finanzlage, Rettungsschirm, Bürgerbefragung zu den Finanzen, Bürgerbeteiligungssatzung, Bürgerhaushalt Seite 10
- 3.5 Folgen für die Projektgruppe Seite 10

- 4. **Fazit** Seite 10

5. Anlagen:

- | | | |
|----|--|----------|
| A) | LA21-Tag: Werbung und Umfrage unter den Besucher/-innen | Seite 11 |
| B) | Eckpunkte für ein "Gießener Modell" | Seite 12 |
| C) | Infoblatt: „Weitere Anregungen zur Diskussion“ | Seite 13 |
| D) | Literatur-Tipps | Seite 14 |
| E) | Internetlinks | Seite 14 |
| F) | Vorstellung verschiedener „Bürgerhaushalte“ anderer Kommunen (s. Raster):
Köln, Essen, Bezirk Berlin-Lichtenberg, Groß-Umstadt, Bad Wildungen, Porto Alegre (Brasilien), Solingen | Seite 15 |

Projekt: „Bürgerhaushalt für Gießen“

Ziele

Die LA21-Projektgruppe „Bürgerhaushalt“ (BHH) setzt sich dafür ein, in der Universitätsstadt Gießen in absehbarer Zeit eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Haushaltsfragen durch einen „Bürgerhaushalt“ zu erreichen.

Kurzbeschreibung

Nachdem in einem ersten Schritt gemeinsame Ziele und Arbeitsschritte erarbeitet wurden, stehen konkrete Beispiele des im In- und Ausland erprobten Beteiligungsinstrumentes auf dem Programm. Ziel ist, aus einer Auswahl passende Elemente herauszufiltern und dann für eine zeitnahe Umsetzung eines „Gießener Modells“ zu werben. Für die Einführung eines Bürgerhaushaltes ist ein entsprechender Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erforderlich.

Der Agenda-Rat der Stadt Gießen hat die Durchführung eines Dialogprozesses zwischen Politik, Stadtverwaltung und Bürgerschaft zur Ein- und Durchführung eines Bürgerhaushaltes im Konsens beschlossen. In dem Dialogprozess sollen u.a. die Vor- und Nachteile sowie die speziellen Anforderungen eines Bürgerhaushaltes in der Universitätsstadt erörtert werden.

Wichtige Etappen

1. Beschluss des Agenda-Rates zur Durchführung eines Dialogprozesses zwischen Politik, Stadtverwaltung und Bürgerschaft
2. Vergleich verschiedener Modelle von Bürgerhaushalten
3. Erarbeitung eines „Gießener Modells“
4. Lesbarer Haushalt
5. Begleitung einer nachhaltigen Ein- und Durchführung eines Bürgerhaushaltes in Gießen



Sprecher/in: Arif Algan, Tel.: 0641/5818476, E-Mail: AGKGL@gmx.de

Was ist ein Bürgerhaushalt?

„Bürgerhaushalt“ bedeutet eine Konsultation der Bürgerschaft zum kommunalen Haushalt. Es geht also darum, wofür Geld ausgegeben wird und wofür nicht. Die Beteiligung soll zur Meinungsbildung des Stadtparlamentes beitragen. Für dieses Verfahren gibt es unterschiedliche Modelle.

Phasen

Gemeinsam sind den Modellen dabei drei Phasen in einem eigenständigen Diskussionsprozess:

Information - Konsultation - Rechenschaft.

Quelle: BERTELSMANN STIFTUNG, HANS BÖCKLERSTIFTUNG, KOMMUNALE GEMEINSCHAFTSSTELLE FÜR VERWALTUNGSMANAGEMENT (2002): Der Bürgerhaushalt – Ein Handbuch für die Praxis. Gütersloh

Definition

1. Im Zentrum der Beteiligung stehen **finanzielle Angelegenheiten**, es geht um begrenzte Ressourcen.
2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der **Gesamtstadt** oder auf der eines Bezirks mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Ein Stadtteilfonds allein, ohne Partizipation auf der gesamtstädtischen bzw. bezirklichen Ebene, ist kein Bürgerhaushalt.
3. Es handelt sich um ein **auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren**. Ein einmaliges Referendum zu haushalts- oder steuerpolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt.
4. Der Prozess beruht auf einem **eigenständigen Diskussionsprozess**, der mittels Internet oder Versammlungen bzw. Treffen geführt wird. Eine schriftliche Befragung allein ist demnach kein Bürgerhaushalt. Ebenso nicht die bloße Öffnung bestehender Verwaltungsgremien oder Institutionen der repräsentativen Demokratie.
5. Die Organisatoren müssen **Rechenschaft** in Bezug darauf ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

HERZBERG, C., RÖCKE, A., SINTOMER, Y., u.a.
Quelle: <http://www.buergerhaushalt.org/grundlagen/was-ist-ein-buergerhaushalt/> (13.03.2012)

Vorteile

Die Vorteile eines Bürgerhaushaltes sind u. a.: Mehr Akzeptanz bei besser abgestimmten Prioritäten, Effizienzsteigerung des Verwaltungshandelns durch Einbeziehung von Bürgerwissen, mehr Kostenbewusstsein, Aktivierung von Bürgerengagement, Abbau von Politik- und Parteienverdrossenheit, Förderung der Demokratie sowie ein Imagegewinn für die Kommune.

Quelle: NITSCHKE, U., DELLBRÜGGE, A., KOWALKE, U.: 10 Gründe für einen Bürgerhaushalt. Für kommunale Entscheider (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt)

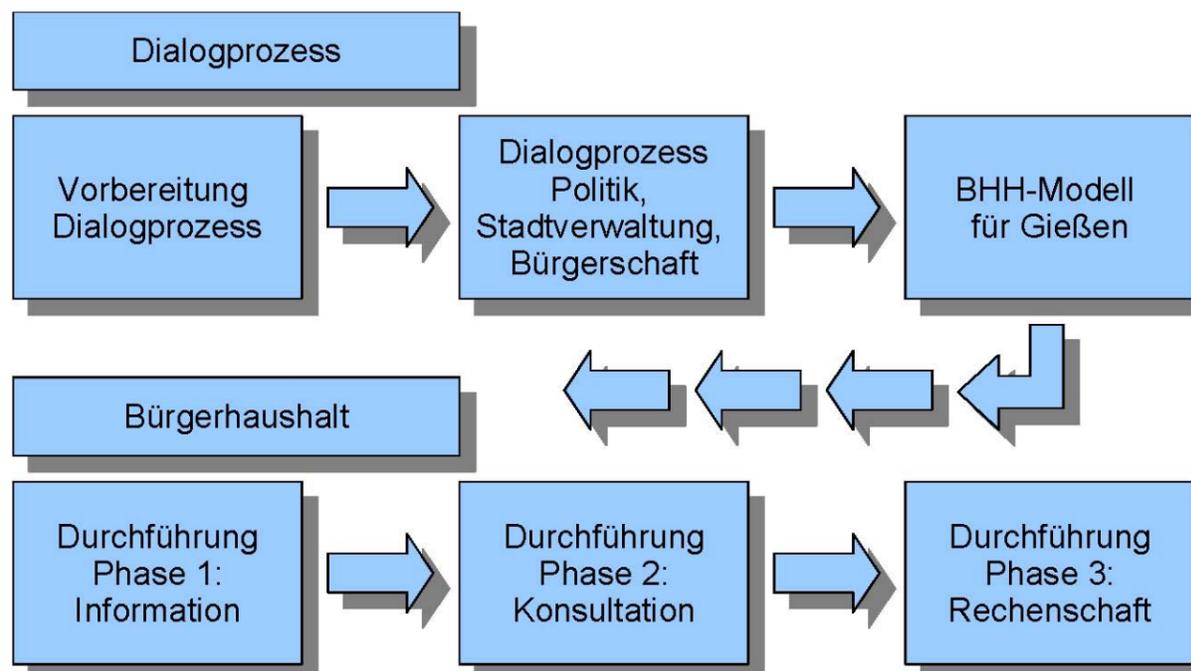


Die Arbeit der Projektgruppe

„Bürgerhaushalt“ in einer Übersicht

- 1.) **Gründung der Projektgruppe “Bürgerhaushalt”;
Einführung in das Thema**
- 2.) **Erarbeitung von Zielen und Arbeitsschritten auf dem Weg zum
„Bürgerhaushalt“**
- 3.) **Beschluss des Agenda-Rates zur Durchführung eines Dialogprozesses zwischen
Politik, Stadtverwaltung und Bürgerschaft auf Antrag der Projektgruppe**
- 4.) **Meilensteinplanung zur weiteren Projektkoordination**
- 5.) **Vorstellung verschiedener Modelle von Bürgerhaushalten: Köln, Essen, Bezirk
Berlin-Lichtenberg, Groß-Umstadt, Bad Wildungen, Porto Alegre (Brasilien),
Solingen**
- 6.) **Fragekatalog mit weiterführenden Fragen zum Bürgerhaushalt
in den ausgesuchten Kommunen mit Sammlung der schriftlichen Antworten**
- 7.) **Warten auf Entscheidungen der Stadt Gießen**
- 8.) **Diskussionphasen**
- 9.) **Erstellung eines Plakates und eines Faltblattes der Projektgruppe**
- 10.) **LA21-Tag: Werbung und Umfrage unter den Besucher/-innen**
- 11.) **Warten auf Entscheidungen der Stadt Gießen**
- 12.) **Diskussionsphasen**
- 13.) **Erarbeitung von Eckpunkten für ein „Gießener Modell“
(Konsensbeschluss Dezember 2012)**
- 14.) **Übersicht weiterer Anregungen (zur Diskussion)**
- 15.) **Vorliegender Bericht der Projektgruppe**

Von der Projektgruppe vorgeschlagene Projektphasen bei der Ein- und Durchführung eines „Bürgerhaushaltes“ in Gießen



Ein „Bürgerhaushalt“ sollte gut vorbereitet sein. Aus diesem Grund plädierte die Projektgruppe bei ihrem Antrag zum Dialogprozess und in der Folgezeit dafür, **möglichst viele unterschiedliche Personen, Gruppen und Einrichtungen** in den Dialog über das für Gießen beste Modell einzubeziehen. „Bürgerhaushalte“ sind für die Politik, die Stadtverwaltung und die Bürgerinnen und Bürger von Interesse. Ihre Vorstellungen, Bedürfnisse und Erwartungen bei der Beteiligung der Bürgerschaft sind aber jedoch u.U. sehr unterschiedlich. **Daher sollten alle schon am Dialog über das „richtige“ Modell beteiligt werden.** Diese Beteiligung geht dem eigentlichen Verfahren, dem anvisierten „Bürgerhaushalt“ voraus. Möglichst im Konsens sollte dann eine Verständigung auf ein Modell oder zumindest grundlegende Eckpunkte erarbeitet werden. Dann startet der eigentliche „Bürgerhaushalt“ mit den vordefinierten 3 Phasen: Information über die Beteiligungsmöglichkeiten am städtischen Haushalt sowie Konsultation der Bürgerschaft zu konkreten Ausgaben und Einsparmöglichkeiten. In der 3. Phase des „Bürgerhaushaltes“ legt die Stadt dann Rechenschaft darüber ab, welche Vorschläge und Meinungen aus der beteiligten Bürgerschaft berücksichtigt wurden und welche nicht.



Von der Projektgruppe vorgeschlagene Meilensteinplanung zur Einführung eines „Bürgerhaushaltes“ in Gießen

- Workshops zur Meinungsbildung
- Einbeziehung Hochschulen
- Einbeziehung von Erfahrungsberichten anderer Kommunen
- Schulung zum Kommunalen Haushalt
- Vortrag (u.a. Vor- und Nachteile BHH)
- Sensibilisierung der Bürger
- Podiumsdiskussionen
- Lesbaren Haushalt erreichen

Ziel: Auswahl „Gießener Modell“

„Bürgerhaushalte“ gibt es viele, in vielen Kommunen. Sie sind zum Teil sehr unterschiedlich. Immer werden sie dabei auf die Bedürfnisse direkt vor Ort abgestimmt.

So sollte es auch in der Universitätsstadt sein, befand die Projektgruppe, die sich für die Einführung eines „Bürgerhaushaltes in Gießen“ einsetzte. Grundsätzlich geht es dabei um die Frage, wofür Geld ausgegeben werden soll und wofür nicht. Aber, geht es dabei nur um Ausgaben? Oder auch oder gar nur um Sparmaßnahmen im städtischen Haushalt? Vielleicht eine Mischform aus beiden Varianten? Wie sollte das Modell für Gießen genau aussehen? Wer sollte beteiligt werden? Wie sollte die Beteiligung konkret erfolgen? Diese und andere Fragen galt und gilt es beim Thema „Bürgerhaushalt“ zu diskutieren und zu beraten.

Um dem Anspruch, **möglichst viele unterschiedliche Personen, Gruppen und Institutionen** bei der Auswahl des „richtigen“ Modells eines „Bürgerhaushaltes für Gießen“ zu beteiligen, gerecht zu werden, plädierte die Projektgruppe für eine Reihe von Aktionen und Einzelschritten auf dem Weg zur Einführung eines „Gießener Modells“. Diese Meilensteine sind der oben aufgeführten Übersicht zu entnehmen. **Für die Umsetzung wären ein entsprechendes Engagement sowie finanzielle und personelle Mittel der Stadt Gießen erforderlich gewesen.** Im weiteren Verlauf ihrer Projektarbeit wartete die Gruppe wiederholt auf Rückkopplungen und Entscheidungen der Stadt Gießen, was der weiteren Übersicht der Absprachen mit Vertreterinnen und Vertretern der Universitätsstadt zu entnehmen ist.

3. Der Dialog mit der Stadt Gießen

3.1 Erste Vorgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Gießen

Die Lokale Agenda 21-Gruppe „Kommunikationszentrum Global-Lokal“ sammelte zunächst Informationen zum Thema „Bürgerhaushalt“ und führte erste Vorgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Gießen und der Koordinierungsstelle Lokale Agenda 21. Sie initiierte in der Folgezeit dann die Projektgruppe „Bürgerhaushalt“, die seitdem eigenständig agierte.

3.2 Der Beschluss des Agenda-Rates zum Dialogprozess

Auf Vorlage der Projektgruppe „Bürgerhaushalt“ beschloss der Agenda-Rat, das höchste Agenda 21-Gremium der Universitätsstadt im September 2011 im Konsens den Dialogprozess zur Ein- und Durchführung eines „Bürgerhaushaltes“ in Gießen.

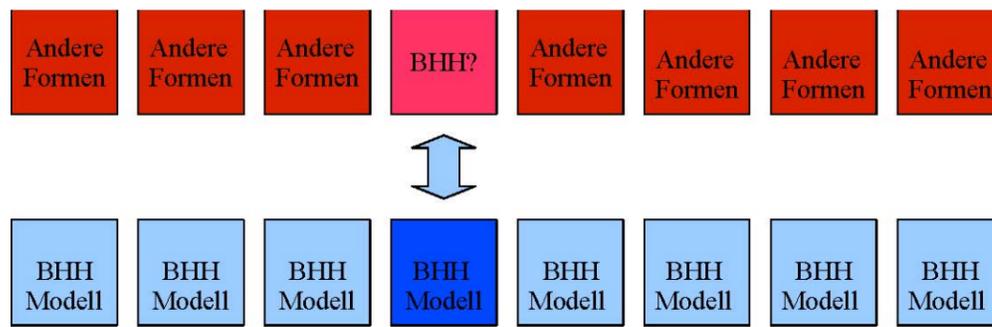
3.3 Weitere Absprachen mit der Stadt Gießen

NOVEMBER 2011 - Vorbereitung von Preis-Leistungs-Anfragen an verschiedene Experten für die Einführung von Bürgerhaushalten zur Struktur des Dialogprozesses durch die Stadt Gießen, **Rückkopplung mit Projektgruppe geplant**

JANUAR 2012 - Gesprächsrunde auf Dezernatsebene wird abgewartet

MÄRZ 2012 - Ergebnis der Beratungen dann in PG BHH vorgestellt:

- **Eingliederung des Themas „Bürgerhaushalt“ in die Überlegungen zum Gesamtkomplex „Bürgerbeteiligung“**, Stadt berät über verschiedene Formen der Erweiterung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten (u.a. „Bürgerbeteiligungssatzung“).
- **Nach Erarbeitung eines Entwurfes zur „Bürgerbeteiligungssatzung“** im September 2012 war die **Rückkopplung mit der Projektgruppe „Bürgerhaushalt“ geplant**.
- Frage sollte dann sein: **Passen die Überlegungen der Projektgruppe zum „Bürgerhaushalt“ in das Gesamtkonzept „Bürgerbeteiligung“ der Stadt?**
- Auch im **Agenda-Rat** sollte der **Entwurf „Bürgerbeteiligungssatzung“** vorgestellt werden.
- **Anfrage an die Stadt:** Ist eine Teilnahme an Workshops zum Kommunalen Haushalt auch für Bürger/-innen (der Projektgruppe) möglich?



12 3PG 4 5 6 7

Frage sollte im September 2012 dann sein:

Passen die Überlegungen der Projektgruppe zum „Bürgerhaushalt“ in das Gesamtkonzept „Bürgerbeteiligung“ der Stadt Gießen?

ROT: Gesamtkonzept „Bürgerbeteiligung“ der Stadt Gießen

BLAU: BHH-Modell der Projektgruppe

Leider wurde von Seiten der Stadt der anvisierte Entwurf für ein **Gesamtkonzept „Bürgerbeteiligung“ oder „Bürgerbeteiligungssatzung“ nicht vorgelegt**. So erfolgten auch **keine weiteren Rückkopplungen** mit der Projektgruppe zum Thema „Bürgerhaushalt“ bis Mai 2013. Die angekündigte Rückkopplung mit der Projektgruppe zum Thema „Lesbarer Haushalt“ ist **ebenfalls nicht erfolgt**. Auch beim Thema „Bürgerbefragung“ im Rahmen der Rettungsschirmdiskussion wurde die Projektgruppe **nicht eingebunden**.

Die Projektgruppe arbeitete daher weiter eigenständig am Thema „Bürgerhaushalt“. In mehreren Diskussionsphasen berieten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über das beste Modell für Gießen. Die wichtigsten Erkenntnisse und Ergebnisse sind in dem vorliegenden Bericht zusammengefasst. Die „Eckpunkte“ für ein Modell in Gießen sowie weitere Informationen, welche die Gruppe zusammengetragen und erarbeitet hat, sind den beigefügten Anlagen zu entnehmen.

Mai 2013:

3.4 Stellungnahme der Stadt Gießen (Mai 2013) zur Gesamtsituation der Stadt: Bürgerbeteiligung Allgemein, Finanzlage, Rettungsschirm, Bürgerbefragung zu den Finanzen, Bürgerbeteiligungssatzung, Bürgerhaushalt

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz, Frau Boje und Frau Thon informierten auf dem Treffen der Projektgruppe über die Überlegungen und Aktivitäten der Stadt Gießen zum Thema „Bürgerbeteiligung Allgemein“, die „Bürgerbefragung“ im Zuge der Rettungsschirmdiskussion, die finanzielle Lage der Stadt Gießen, die nach wie vor geplante „Bürgerbeteiligungssatzung“ und zum Thema „Bürgerhaushalt“.

Juni 2013:

3.5 Folgen für die Projektgruppe

Die Projektgruppe „Bürgerhaushalt“ beschließt, den vorliegenden Bericht über die Arbeit der Gruppe und die Ergebnisse der Rechercharbeiten und der Diskussionsphasen zum Thema „Bürgerhaushalt“ anzufertigen.

4. Fazit

Die Gruppe sieht derzeit keine Möglichkeit, dass ihre Vorstellungen von einer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Haushaltsfragen umgesetzt werden. Daher beschließt die Gruppe im August 2013, ihre Arbeit einzustellen.

i.A.

Arif Algan

Sprecher der Projektgruppe „Bürgerhaushalt“

Anlagen



A) LA21-Tag: Werbung und Umfrage unter den Besucher/-innen

LA21-Tag

Am 29.09.2012 hatte die Lokale Agenda 21 Gießen interessierte Bürgerinnen und Bürger der Universitätsstadt zu einem **bunten Info- und Mitmachtag auf dem Kirchenplatz** eingeladen.

Die Projektgruppe „Bürgerhaushalt“ beteiligte sich an dem Aktionstag mit einem eigenen **Infostand**. Dort konnten sich die Besucherinnen und Besucher über das Thema „Bürgerhaushalt“ informieren und mit den Aktiven der Projektgruppe ins Gespräch kommen. Auf einem Plakat hatte die Gruppe Aussagen zum Thema „Bürgerhaushalt“ vorbereitet. Mittels Punkten, die auf die verschiedenen Aussagen verteilt werden mussten, konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Meinung und ihre Vorlieben bei bestimmten Aspekten der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Haushaltsfragen kundtun.

Die Aussagen waren in 4 Themenbereiche aufgeteilt. Die 2 Aussagen pro Themenbereich stellten jeweils gegensätzliche Meinungen dar. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer bekam jeweils 4 Punkte, die sie/er auf die 4 Themenbereiche verteilen und bei der Aussage aufkleben konnte, die sie/er für richtig hielt (also jeweils nur 1 Punkt pro Themenbereich).

Ergebnis der Umfrage:

Aussage 1 a) „**Die Stadt Gießen sollte die Bürgerinnen und Bürger bei der Erstellung des Haushaltes beteiligen.**“ (23 Punkte)

Aussage 1 b) „**Die Aufstellung eines städtischen Haushaltes ist kompliziert, Bürgerinnen und Bürger fehlt das dafür erforderliche Fachwissen.**“ (1 Punkt)

Aussage 2 a) „**Der gesamte Haushalt sollte zur Diskussion gestellt werden.**“ (10 Punkte)

Aussage 2 b) „**Ausgewählte Teilbereiche sollten zur Diskussion gestellt werden.**“ (14 Punkte)

Aussage 3 a) „**Die Beteiligung sollte nur per Internet erfolgen.**“ (0 Punkte)

Aussage 3 b) „**Die Beteiligung sollte auch mit öffentlichen Veranstaltungen und Workshops oder ähnlichem begleitet werden.**“ (21 Punkte)

Aussage 4 a) „**Ich wäre bereit, mich an der Erstellung eines Bürgerhaushaltes zu beteiligen.**“ (15 Punkte)

Aussage 4 b) „**Ich habe kein Interesse, mich zu beteiligen und überlasse das der Politik.**“ (0 Punkte)

Presseaufruf

Mit einem Presseaufruf im Vorfeld des Aktionstages hatte die Projektgruppe zur aktiven Teilnahme an den Gruppentreffen und an der Mitarbeit an einem „**Gießener Modell**“ aufgerufen.



Lokale Agenda 21- Projektgruppe „Bürgerhaushalt“

B) Eckpunkte für ein „Gießener Modell“

1. Aktivierung:

Info-Veranstaltungen, Presse, Internetseite, Infobrief an alle Haushalte

2. Kategorie:

Mischform: Ausgaben/Sparen/Kostenneutrale Projekte

3. Wer wird beteiligt?

Offen für alle

4. Organisation des Beteiligungsverfahrens:

Vorschläge können:

- auf Internetplattform eingestellt werden -schriftlich eingereicht werden -auf
Bürgerversammlungen vorgetragen werden -in Vor-Ort-Gesprächen mitgeteilt werden -
telefonisch mitgeteilt werden

Internetplattform:

- Dokumentiert alle eingegangenen Vorschläge und gliedert diese in Themenbereiche
- Diskussionsforum gibt Rückmeldungen auf eigene Vorschläge
- Bewertung durch Verwaltung und Status der Bearbeitung werden bekannt gegeben
- Möglichkeit, Initiativen zu gründen und Unterstützer zu finden (Agenda 21Gruppe, Initiative,
Unterschriftenliste, Info-Veranstaltung, eigene Internetseite, Positionspapier, Presse u.a.)

5. Voting-Verfahren: Nein

6. Umgang mit Vorschlägen:

-Verwaltung bewertet Vorschläge und gibt ggf. Zusatzinformationen -Kontaktaufnahme durch
Verwaltung
-Veranstaltungen zu einzelnen Themen (Info-Veranstaltungen, Bürgerversammlungen u.a.) -
Stadt-Rundgang mit Erläuterungen zu Vorschlägen
-Möglichkeit, eigenen Vorschlag zu ändern oder zurückzuziehen -Beschlussvorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

7. Ziele:

- Bestandsaufnahme der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger
- Dialog Bürger und Stadt -Identifikation mit der „eigenen Stadt“
- Aktivierung von Bürgerengagement
- Schritt Richtung „Bürgerkommune“

C) Infoblatt: **„Weitere Anregungen zur Diskussion zum** **„Bürgerhaushalt““**

Einladung

- Allgemeine Einladung geht an alle Haushalte (Verteilung über Tagespost oder Anzeigen Tageszeitung)
- Persönliche Einladung entsprechend einer repräsentativen Stichprobe oder an eine bestimmte Zielgruppe (Jugendliche, Bürgerinnen und Bürger bestimmter Stadtteile etc.)

Konsultation

- Bürgerversammlungen
- Themenbezogene Veranstaltungen
- Bürgersprechstunden
- "Kummer-Kasten" (Umsetzung + Finanzierung gering, geht in Ausschüsse)
- Schriftliche Befragungen
- Telefonische Befragungen
- Persönliche Befragung per Internet
- Interviews
- Auf öffentlichen Plätzen, im Rathaus, Marktgespräch

Auch unkonventionelle Formen

- Frührschoppen, Nachtcafe, Hallenbad, Bücherei, Wochenmarkt etc.

Anreize

- Musikalisches Rahmenprogramm, Getränke/Snacks, Eintrittskarten verteilen

Beispiele aus Castrop-Rauxel, Emsdetten, Hamm, Hilden, Mohnheim am Rhein, V.

- Fragebogen im Internet, Broschüre
- In Vereine gegangen
- Diskussionsforen
- Infobroschüre auf Weihnachtsmarkt
- Kämmerei: Kurse in der VHS
- Broschüren an alle Haushalte
- 10. Klasse: 2 Monate Haushalt als Thema -Vorschläge Einsparungen, Umschichtungen, Schüler machten Umfrage und recherchierten Einsparmöglichkeiten, ohne die Qualität der kommunalen Leistungen zu schmälern
- Idee: Bierdeckel, z.B. mit Kosten für Friedhofsanlagen, Kosten Weihnachtsmarkt, Telefonhotline

Quelle: BERTELSMANN STIFTUNG, HANS BÖCKLER-STIFTUNG, KOMMUNALE GEMEINSCHAFTSSTELLE FÜR VERWALTUNGSMANAGEMENT (2002): Der Bürgerhaushalt -Ein Handbuch für die Praxis. Gütersloh

D) Literatur-Tipps

- 1.) **Der Bürgerhaushalt – Ein Handbuch für die Praxis** Hrsg.: Bertelsmann Stiftung | Hans-Böckler-Stiftung | KGSt
- 2.) **DIALOG GLOBAL. Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation. Studie, Hrsg.: InWEnt gGmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Nr. 25, Bonn, 2010**
- 3.) **Das Reformmodell Bürgerkommune. Leistungen-Grenzen-Perspektiven,** Bogumil, J. et al, edition sigma, Berlin, 2003

E) Internetlinks

Allgemeine Informationen zum Thema „Bürgerhaushalt“, Hintergründe, Daten, Fakten, Presseartikel, Kongresse, Studien, Erfahrungsberichte u.v.m.:

- 1.) <http://www.buergerhaushalt.org>

"Kritik an Bürgerhaushalten":

- 1.) **Fragen und Antworten zu elektronischen Bürgerhaushalten:**

<http://www.buergerhaushalt.org/neuigkeiten/fragen-und-antworten-zu-elektronischen-buergerhaushalten/>

- 2.) **Antworten eines Mitglieds des Chaos Computer Clubs**

- 3.) **Zur „Kritik an Online-BHH“:**

<http://www.stephaneisel.de/clubs/eisel/news/B%C3%BCrgerhaushalt.pdf>

- 4.) **Zu "Kritik am Voting-Verfahren" bei Online-BHH:**

<http://www.buergerhaushalt.org/kommunen/kein-buergerhaushalt-von-ellwangen/>

- 5.) **Zur „Manipulation von Voting-Verfahren“ bei Online-BHH:**

<http://www.buergerhaushalt.org/kommunen/manipulationsvorwuerfe-inschoeneiche/> Der vollständige Presseartikel dazu:

<http://www.die-mark-online.de/wirtschaft/wirtschaft/artikel-ansicht/dg/0/1/977184/>

6.) **Zu "Bürgerhaushalt und die Kosten":**

<http://www.buergerhaushalt.org/kommunen/wie-teuer-darf-ein-buergerhaushaltsein/>

Der vollständige Presseartikel dazu: <http://www.general-anzeiger-bonn.de/index.php?k=loka&itemid=10490&detailid=898753>

7.) **Zu „Kritik an Bürgerhaushalten“ allgemein:**

google (Suche: bürgerhaushalte pro contra)

**F) Vorstellung verschiedener
„Bürgerhaushalte“ anderer Kommunen (s.
Raster):**

Köln, Essen, Bezirk Berlin-Lichtenberg, Groß-Umstadt, Bad Wildungen, Porto Alegre (Brasilien), Solingen

Fragekatalog mit weiterführenden Fragen zu den vorgestellten Bürgerhaushalten mit schriftlichen Antworten aus den Kommunen kann bei Bedarf bei der Koordinierungsstelle LA21 angefordert werden.

Modell Nr. X

Kommune: Köln
Bezeichnung: Kölner Bürgerhaushalt *Deine Stadt – Dein Geld*
Kategorie (Ausgb./Sparen/Mischf): Mischform:
Seit: 2007
Einwohner: 1 Mio.
Teilnehmer/-innen: 10.000 registrierte T.
Turnus: zweijährlich: 2007 f. Doppelhaushalt 2008/9, 2010 f. 2011

Beteiligungsverfahren: - Information durch: Presse, Broschüren, Plakate, Internet, Bürgerversammlungen;
- Beteiligung per: Internet (auch über eigens eingerichtete Int.-Plätze), Post, Telefon (über Callcenter), Stimmabgabe bei Bürgerversammlungen, Unterschriftenlisten; *KGSt: neu in 2009: Kommentierungsphase der abgegebenen Vorschläge; KGSt: Beteiligungsverfahren (5 Wochen): vier grundlegende Bausteine: 1. umfassende Informationen der Bevölkerung, 2. Kernstück des Bürgerhaushaltes ist die Dialogphase, 3. Entscheidung im Rat, 4. Rechenschaft: Lenkungsgruppe & Rat beschlossen 2008 drei Produktbereiche zur Beteiligung: a) Straßen, Wege und Plätze, b) Grünflächen, c) Sport*

Beteiligung von: möglichst vielen Bürgern/-innen

Abstimmungsverfahren: registrierte Teilnehmende können zu allen Vorschlägen ihre Stimme abgeben

Umgang mit Vorschlägen: werden auf Internetplattform 4 Wo. gesammelt, zugeordnet, dann strukturiert an Verwaltung und Politik weitergegeben, die verbindlich Stellung nehmen müssen.

Kosten: 1. 30 Cent pro Einwohner/in, zukünftig Senkung auf ein Drittel
KGSt: Erstellung der Internetplattform Einmalkosten in Höhe von 140.000 €, Druck und Versand des Faltblatts und der Broschüre 160.000 €, Kosten für die Ausgaben in 2008 für die abgefragten Produktbereiche: a) 1,4 Mio, b) 6,3 Mio, c) 0,5 Mio EUR

Bemerkungen: ● Beteiligungsstatistik: 10.000 reg. Teilnehmer, 5.000 Vorschläge, 9.000 Kommentare, 52.000 Bewertungen, 2,6 Mio. Anrufe
● Preise: 1. Publikumspreis b.8. *eGovernment- Wettbewerb* für Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz; vorher schon ausgezeichnet mit

dem *UN-Public Service Award* u. beim 2.

NRW.Bank.Ideenwettbewerb

- Wissenschaftliche Kooperationen: Fraunhofer Institut u. Partnerfirma Zebralog (elektronische Partizipation), Zebralog (elektr. Moderation); Uni Bielefeld (Evaluation 2010)

- *KGSt: Personalressourcen - Bildung einer Lenkungsgruppe (Verwaltung: Stadtkämmerer, Kämmereileiter sowie zwei Vertreter/innen der Kämmerei als Geschäftsführung)*

Zur kritischen Beobachtung und Unterstützung:

bürgerschaftlicher Beirat mit je einem Vertreter der IHK, der

Handwerkskammer, des DGB, KölnAgenda e.V. und des

Netzwerks zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements.

Kontakt: Hans-Dieter Körber (Kämmerei Zentrale) und Manfred Ropertz (Finanzsteuerung (Haushalt - Controlling))

E-Mail: kaemmerei@stadt-koeln.de

Quellen:: Buergerhaushalt-Koeln.org (dort auch der Film),
<http://www.kgst.de/>

Nachfragen: Bernhard Kröger, 0641 / 389640,
B.A.Kroeger@t-online.de // BK, 14.06.11,
ergänzt (KGSt): Bürckstümmer

Modell Essen

Kommune:	<i>Stadt Essen</i>
Bezeichnung:	<i>"Essen kriegt die Kurve"</i>
Kategorie:	<i>Sparen/Haushaltskonsolidierung</i>
Seit:	<i>2010/2011</i>
Turnus:	<i>alle zwei Jahre (?)</i>
Einwohner:	<i>570.000</i>
Anzahl Teilnehmer/-innen:	<i>3757 registriert/aktiv + 29.000 Lesezugriffe</i>
Anzahl Vorschläge:	<i>rd. 100 v. Vwtg.+250 initiativ; 113.300 Wertungen total</i>
Beteiligungsverfahren:	<i>Vorschläge für Einsparungen bzw. Einnahmeverbesserungen ins Netz gestellt, Laufzeit vom 29.04. - 20.05.2010. Teilnehmer (Registrierung) konnten Bewertungen und Kommentare sowie auch zusätzliche eigene Vorschläge beitragen. Unabhängig von einer Registrierung konnte Jedweder lesenden Zugriff nehmen, hatte damit aber keinen Einfluss.</i>
Voting-Verfahren:	<i>siehe oben</i>
Umgang mit Vorschlägen:	<i>Die Beiträge wurden ausgewertet und zusammengefasst und als Arbeits- bzw. Informationsmaterial dem Parlament für die Haushaltsberatung bereitgestellt. Inwieweit das Parlament in seiner Autonomie die Vorschläge realisiert hat, war aktuell nicht festzustellen. Die Konzeption des Projektes sah jedenfalls öffentliche "Rechenschaft" über die Ergebnisse vor. Konkretes bleibt dazu zu eruieren.</i>
Kosten für Beteiligungsverfahren:	<i>Das Projekt wurde anscheinend EDV- und PR-technisch extern betreut. Kosten für Werbung, Vorbereitung, Durchführung müssten bei der Stadt Essen zu erfahren sein. Nicht beziffert ist vermutlich der (nicht geringe) Personalaufwand für die Auswertung der Sachbeiträge.</i>
Bemerkungen	<i>In einem Exposé zur Thematik Bürgerhaushalte ist beim Beispiel Essen festgehalten, dass die 3.357 Mitmacher 0,8 % der Einwohner ??und 1.7 % der aktiven Wähler?? ausmachten.</i>

Quellen: *Internetabfrage "Bürgerhaushalt Stadt Essen"*

Zusammengestellt von:
Friedrich Korschil, 09.08.2011

Modell Nr. X

Kommune:	Lichtenberg (Bezirk von Berlin mit 13 Stadtteilen)
Bezeichnung:	Bürgerhaushalt Lichtenberg
Kategorie:	Mischform
Seit:	2005
Turnus:	Jährlich für den Haushalt im übernächsten Jahr
Einwohner:	253.000
Anzahl Teilnehmer/-innen:	34.000 in 6 Jahren
Anzahl Vorschläge:	1.700 Vorschläge in 6 Jahren

Organisation des Beteiligungsverfahrens:	Internetplattform Veranstaltungen in den Stadtteilzentren Information über Broschüren und Flyer
Wer wird beteiligt	Alle interessierten Bürgerinnen, auch nur im Bezirk arbeitende Personen können sich beteiligen
Voting-Verfahren:	<p>Jeder Turnus besteht aus 4 Phasen:</p> <p>1. Vorbereitung: Evaluation des vergangenen Bürgerhaushaltes mit Bürger/innen, Verwaltung & Politik</p> <p>2. Diskussion- und Votierung: Vorschläge werden über 3 Wege eingebracht a) Im Internet von April bis Juli Vorschläge werden kommentiert, Informationsaustausch mit Ansprechpartnern der Fachämter b) Veranstaltungen in den Stadtteilzentren von April bis Juli c) schriftliches Einreichen von Vorschlägen ganzjährig möglich, werden auf den Versammlungen oder im Internet diskutiert Votingverfahren im September (siehe unten)</p> <p>3. Prüfung & Beratung: Aus den 13 Stadtteilen je 5 Vorschläge sowie aus dem Internet je 10 Vorschläge Vorschläge werden 12 Haushaltsbereichen zugeordnet (Budgetierung) Durch die Geschäftsstelle Bürgerhaushalt und Fachämter aufbereitete Vorschläge werden in die Bezirksverordnetenversammlung zur Beratung gegeben. Während der öffentlichen Sitzungen der Fachausschüsse und den Haushaltsberatungen werden die Vorschläge beraten und beschlossen. Einarbeitung in den Haushaltsplan durch die Bezirksverwaltung.</p> <p>Phase 4: Umsetzung und Kontrolle Über die Realisierung wird kontinuierlich und transparent berichtet (z.B. Internetseite). In der Regel</p>

	<p>quartalsweise berichten die einzelnen Fachämter aktuell zu den Vorschlägen ihrer Bereiche.</p>
Umgang mit Vorschlägen:	<p>Alle in Lichtenberg wohnenden und auch arbeitenden Menschen werden zur Abstimmung aufgerufen. Die Abstimmung erfolgt über Internet- und Versammlungsvorschläge getrennt voneinander. Pro Person können maximal 5 Punkte vergeben werden.</p> <p>Zusätzlich werden flächendeckend 50.000 Bürgerinnen und Bürger (ca. 20 % je Stadtteil - per Zufallssystem ermittelt) angeschrieben.</p> <p>Ergebnis: 2 Listen (Top 5 der Versammlungen und Top 10 aus dem Internet)</p>
Kosten für Beteiligungsverfahren:	<p><i>Kosten für Werbung, Vorbereitung, Durchführung (ohne Kosten der Umsetzung der Vorschläge)</i></p>
Bemerkungen	<p>Teilnehmerzahl 2012: 2.146 (Internet) + 538 (Versammlungen)</p> <p>Vorschläge 2012: 104 (Internet) + 154 (Versammlungen)</p> <p>Abstimmende Personen 2012: 2.1246 (Internet) + 2315 (Stadtteile)</p> <p>Seit dem ersten Haushalt wurden 300 Vorschläge eingereicht, mehr als 90% umgesetzt</p>

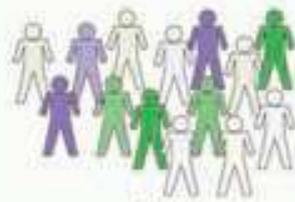
Quellen:

buengerhaushalt-lichtenberg.de

sehr ausführliche Beschreibung des Stadtteils und auch realisierter Projekte finden sich in der offiziellen Broschüre, die man auf der Internetseite herunterladen kann

Datum, Zusammengestellt von: 05.06.2011 Nadja Hersacher nadja@hersacher.de

Bürgerhaushalt Lichtenberg 2013



Lichtenberger Bürger/innen können über 3
Beteiligungswege Vorschläge einbringen.

Internetdialog
(01. April - 31. Juli 2011)



www.buergerhaushalt-lichtenberg.de

Bis Ende März 2011
eingebrachte
Vorschläge fließen in
den diesjährigen
Internet- oder
Stadtteildialog ein.



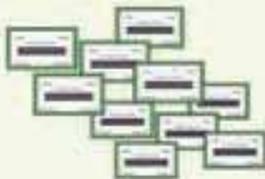
Schriftlich
(ganzjährig)

Stadtteildialog

(Mai – September 2011)
Diskussion in 13 Bürgerversammlungen
und Kleingruppenveranstaltungen



Votierung
der Vorschläge - Top 10
(15. September –
29. September 2011)



Internetvorschläge
1 Liste – Top 10

Votierung
der Vorschläge aus dem
Stadtteildialog
je Stadtteil - Top 5
(ganzjährig
am 29. September 2011)



Stadtteilver schläge
13 Listen – Top 5
(insgesamt bis zu 65
Vorschläge)

Haushalteabstimmung
(Liste aller Vorschläge aus dem
jeweiligen Stadtteil;
Liste aller Vorschläge aus dem Internet)
(Oktober 2011)



Übergabe der Listen an die BVV (Dezember 2011)



v
o
r
s
c
h
l
a
g
e
n
-
d
i
s
k
u
t
i
e
r
e
n

b
e
w
e
r
t
e
n

b
e
s
c
h
l
e
s
s
e
n

Info: Jede/r Bürgerin/Bürger erhält 5 Punkte/Chips zur Votierung der Vorschläge.

Modell Nr. X

Kommune:	<i>Groß-Umstadt</i>
Bezeichnung:	<i>Bürgerhaushalt</i>
Kategorie:	<i>Ausgaben/Sparen/Mischform</i>
Seit:	<i>2000</i>
Turnus:	<i>jährlich, im Februar</i>
Einwohner:	<i>21.348</i>
Anzahl Teilnehmer/-innen:	<i>40-80 (bis 2007)</i>
Anzahl Vorschläge:	<i>???</i>

Organisation des Beteiligungsverfahrens:	<i>z.B. Bürgerversammlungen/Internet/Postalische Befragung oder Kombinationen daraus Wie wurde vorgegangen? Wie sah das konkret aus? Prospektverteilung Bürgerforum Bürgersprechstunden – dabei Vorschläge einbringen Beschluss der Stadtverordneten Rückmeldung an Ideengeber</i>
Wer wird beteiligt	<i>(un)organisierte Bürger/-innen, Firmen, Institutionen; auf Einladung (geschlossene Veranstaltungen) oder offen Interessierte Bürgerinnen und Bürger</i>
Voting-Verfahren:	<i>ja (und wie) oder nein ???</i>
Umgang mit Vorschlägen:	<i>Wie wurde mit den Vorschlägen umgegangen? Was wurde damit gemacht? Wie wurde darüber entschieden? Beratung im Haupt- und Finanzausschuss, abschließende Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung</i>
Kosten für Beteiligungsverfahren:	<i>Geld für die Broschüren (5.500 Stck.), die Verteilung und Kosten für das Bürger-Forum (= ca. 10.000,- €) – 2007</i>
Bemerkungen	<i>abgespeckte Variante des Porto-Alegre-Projekts</i>

Quellen:

Internet - <http://www.gross-umstadt.de/buergerbeteiligung/bhh.htm>

12.6.2011, Zusammengestellt von: *Reinhard K. Puhl (für Nachfragen)*

Modell Nr. 3

Kommune:	Bad Wildungen
Bezeichnung:	Bürger (-beteiligungs-) Haushalt
Kategorie:	Mischform
Seit:	2003
Turnus:	Jährlich
Einwohner:	17.389
Anzahl Teilnehmer/-innen:	50-60
Anzahl Vorschläge:	80-100 (Schwerpunkt: Ausgaben)

Organisation des Beteiligungsverfahrens:	<p>Postkarten an alle 10.000 Haushalte + „Digitale Postkarte“ auf Internetseite der Stadt Beispiel aus 2009:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ich habe folgenden Vorschlag für den BürgerHaushalt 2009: • Ich schlage folgendes Projekt vor, an dessen Weiterentwicklung ich mitwirken möchte: • In folgenden Bereichen würde ich eine Hilfestellung im Alltag begrüßen: <p>Beispiel aus 2011:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mehrere Themen werden vorgegeben, aber auch eigene Vorschläge möglich
Wer wird beteiligt?	Offen für alle
Voting-Verfahren:	Nein
Umgang mit Vorschlägen:	<p>Alle Vorschläge werden gesammelt; Magistrat richtet Beschlussvorlagen an die Stadtverordnetenversammlung (ggf. mit Zusatzinformationen); Vorschläge werden beraten und ein Beschluss gefasst; es wird regelmäßig über den Status berichtet. Alle, die eine Anregung vorgebracht haben, erhalten eine Antwort und werden zu einem kleinen Fest eingeladen.</p>
Kosten für Beteiligungsverfahren:	ca. 2000 Euro für die Verteilung der Postkarten; restliche Arbeit über das Agenda-Büro
Bemerkungen	Laut eigenen Aussagen hat sich das Beteiligungsverfahren bewährt, Bürgerversammlungen und Sprechzeiten in der Vergangenheit keine qualitativ und quantitativ ergiebigeren Ergebnisse gebracht.

Quellen:

- <http://badwildungen.de>; 07.06.2011
- <http://www.buergerhaushalt.org/kommunen> (Suche: Bad Wildungen); 07.06.2011
- „Größter Bürgerwunsch: Wieder Kino. Ideenflut beim Wildunger „Bürgerhaushalt“: Von Friedwald über Markthalle bis zur Ladenöffnung“; in: Wildunger Zeitung; 15.10.2010
- Telefonat mit Agenda-Büro; 07.06.2011

Modell "Porto Allegre"

Kommune:	<i>Porto Allegre</i>
Bezeichnung:	<i>"Orçamento Participativo" (kurz OP)</i>
Kategorie:	<i>Mischform</i>
Seit:	<i>1989</i>
Turnus:	<i>jährlich von März bis Dezember</i>
Einwohner:	<i>1,41 Millionen (Stand 2010)</i>
Anzahl Teilnehmer/-innen:	<i>30.000 bis 50.000 (je nach Quelle)</i>
Anzahl Vorschläge:	<i>n/a</i>

Organisation des Beteiligungsverfahrens:	<p>1. Stufe: Offene Bürgerversammlungen in den 16 Bezirken der Stadt (Rechenschaftsberichte des OP-Rates, Vorstellung bisheriger Arbeit und zukünftigen Möglichkeiten seitens Kämmerei/Stadtverwaltung, Bildung von 5 Fachgremien, Entsendung von Delegierten in Delegiertenversammlung)</p> <p>2. Stufe: Delegiertenversammlung (Beratung und Harmonisierung der Bürgervorschläge, Entscheidung über Priorisierung, unabhängig von Stadtverwaltung)</p> <p>3. Stufe: OP-Rat (gewählt von Delegiertenversammlungen, Koordination der Arbeit in Stadtteilen und in Fachgremien, Zusammenarbeit mit Kämmerei/Planungsamt)</p> <p>Im Anschluss: Übergabe des erarbeiteten Haushaltes an Bürgermeister/Stadtrat mit Entscheidungshoheit (aber de facto Übernahme der Vorschläge), Kontrolle der Maßnahmen durch Bürger.</p>
Wer wird beteiligt	<i>Theoretisch jeder Bürger (offene Bürgerversammlung). Delegierte sind meist Vertreter von Vereinen, Bürgerorganisationen, Gewerkschaften und anderen Gruppierungen.</i>
Voting-Verfahren:	<i>Priorisierung in den Delegiertenversammlungen, Bürgerversammlung reicht nur Vorschläge ein</i>
Umgang mit Vorschlägen:	<i>Auf den Bürgerversammlungen werden bereits thematische Schwerpunkte vereinbart und Vorschläge eingereicht. Auch über das Internet können Vorschläge eingereicht werden. Vorschläge werden in den Delegiertenversammlungen und im OP-Rat priorisiert (unter Berücksichtigung der 3 Größen Priorität, Einwohner im Bezirk, Entwicklungsstand des Bezirks) und harmonisiert.</i>
Kosten für Beteiligungsverfahren:	<i>20 bis 30 geschulte Mitarbeiter des Bürgeramts,</i>

	<i>welche sich um Kommunikation und Organisation kümmern.</i>
Bemerkungen	<p><i>Erste zwei Jahre waren schwierig, danach stetig zunehmende Partizipationsraten. Deutliche Erfolge bei Infrastruktur-Ausbau (Versorgung mit Abwasseranschlüssen, Verfügbarkeit von Schulen etc.). Gefühlter Rückgang der Korruption.</i></p> <p><i>Versammlungen/Fachausschüsse nehmen Einfluss auf die Planungen über den reinen Haushalt hinaus ("Supermarktbeispiel")</i></p>

Quellen:

http://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerhaushalt#Das_Verfahren_von_Porto_Alegre

[http://www.buergerhaushalt-](http://www.buergerhaushalt-europa.de/documents/Artikel_von_Porto_Alegre_nach_Potsdam21.pdf)

[europa.de/documents/Artikel_von_Porto_Alegre_nach_Potsdam21.pdf](http://www.buergerhaushalt-europa.de/documents/Artikel_von_Porto_Alegre_nach_Potsdam21.pdf)

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Kommunalpolitik/OP-Vortrag.pdf

5.6.2011, Zusammengestellt von: *Martin Simons*

Modell Nr. X Solingen

Kommune:	<i>Solingen</i>
Bezeichnung:	<i>Sparen und Einnahmeerhöhungen</i>
Kategorie:	<i>Abwendung der drohenden Überschuldung (45 Mio)</i>
Seit:	<i>März 2010</i>
Turnus:	<i>Wiederholung für 2012 geplant</i>
Einwohner:	<i>160.000</i>
Anzahl Teilnehmer/-innen:	<i>3.595 registriert 20.000 Leser/innen 150.000 Pro und Contravoten</i>
Anzahl Vorschläge:	<i>78 von der Stadt vorgegeben</i>

Beteiligungsverfahren:	<i>s. Voting-Verfahren</i>
Voting-Verfahren:	<i>Bewertung der von der Stadt eingestellten Vorschläge im Internet mit Pro oder Contra. Einbringung eigener Sparvorschläge</i>
Umgang mit Vorschlägen:	<i>Von den 78 Vorschlägen wurden 15 abgelehnt in einer Höhe von 13,6 Mill. Vorgegebenes Einsparvolumen war 45 Mill. Zitat: „ Um die 45-Millionen-Euro-Marke zu erreichen, wird der Rat auch gegen die Bürgervoten entscheiden müssen“. Die von den B. eingebrachten Vorschläge gingen zum Großteil an gesetzlichen Vorgaben vorbei oder das Sparvolumen konnte wegen der Komplexität der Verhältnisse nicht ermittelt werden. Fazit: Ein zusätzliches Sparvolumen konnte dadurch nicht ermittelt werden.</i>
Kosten für Beteiligungsverfahren:	<i>?</i>
Bemerkungen	<i>Deutschlandweit erster Bürgerhaushalt mit dem Ziel Sparen und „Einnahmeerhöhungen.“ Haushaltessicherungskonzept 2010-2013 erstellt: Aufnahme von Vorschlägen der B. nur, wenn eine Fraktion diese übernimmt.</i>

Quellen:

Woher stammen die Informationen? www.solingen-spart.de

Wo kann ich mehr erfahren?

Datum, Zusammengestellt von:

Datum/Vorname, Name (für Nachfragen) Inge Bietz, 19. 12. 2011

27.04.2011/Arif Algan